

Staatssekretariat für Wirtschaft
SECO
Rechtsvollzug
Effingerstrasse 31
3003 Bern

Luzern, 17.02.07

**Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission
über die Neuregelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die
längerfristige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung vom
10. Oktober 2006**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Städteinitiative Sozialpolitik begrüsst grundsätzlich, dass frühzeitig Massnahmen getroffen werden, welche die längerfristige Finanzierung dieser wichtigen Sozialversicherung garantieren. Von den vorgeschlagenen Varianten favorisieren wir die Variante 4 (Schuldenglättungsvariante mit begrenztem Lohnbeitrag), da sie einerseits viel Flexibilität schafft, andererseits aber auch die Lohnnebenkosten in einem vertretbaren Rahmen hält. Unseres Erachtens hat sich in den vergangenen Rezessionsphasen klar gezeigt, dass sich das wirtschaftliche Umfeld ständig und stark verändert, sodass ein flexibler Rahmen für die Finanzierung notwendig ist, um auf diese Veränderung sachgerecht und rechtzeitig reagieren zu können.

Auch aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus muss eine solche Absicherung der Leistungsfähigkeit unserer Arbeitslosenversicherung weiterverfolgt werden. Es hat sich gezeigt, dass durch die Existenzsicherung via Arbeitslosenversicherung auch in Krisenzeiten die Kaufkraft nicht ins Bodenlose sinkt und so die individuell und volkswirtschaftlich negativen Folgen wirtschaftlicher Schwächeperioden gelindert werden können. Oftmals ermöglichte gerade die noch bestehende Nachfrage in der Binnenwirtschaft eine wirtschaftliche Erholung, die quasi als Motor die konjunkturelle Erholung gestartet hat. Wir unterstützen auch aus dieser Sicht den Vorschlag, dass die Richtgrösse der mittleren Arbeitslosenzahl von heute 100'000 auf 125'000 erhöht wird. Durch die Glättungsvariante werden nicht nur die Schulden der Arbeitslosenversicherung abgebaut, sondern auch die Ausschläge der wirtschaftlichen Konjunktorentwicklung aufgefangen.

Präsidium
Ruedi Meier
Sozialdirektor, Luzern

Vice-Présidence
Jean-Christophe
Bourquin, directeur
Sécurité sociale et
l'environnement,
Lausanne

Geschäftsstelle
Stadt Luzern
Sozialdirektion
Marcel Schuler
Hirschengraben 17
6002 Luzern
T 041 208 81 32
F 041 208 87 39
Staedteinitiative@
stadtluzern.ch

www.
staedteinitiative.ch

Secrétariat Suisse
latine
Initiative-villes@
lausanne.ch

Gar nicht erfreut ist die Städteinitiative Sozialpolitik über die vorgeschlagenen Sparmassnahmen. Nicht weil sie grundsätzlich gegen eine kostenbewusste Sozialpolitik ist, sondern weil die vorgeschlagenen Massnahmen diametral dem mühsam gefunden gesamtschweizerischen Konsens einer wirksamen und raschen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration entgegenstehen und Kosten einmal mehr zulasten der unteren Staatsebenen – vorab der Städte und Gemeinden – verlagert werden:

- So wird beispielsweise gerade der Zwischenverdienst als arbeitsmarktnahe Massnahme, mit einer signifikant hohen Integrationswirkung in seiner Attraktivität massiv beschränkt, indem für eine zukünftige Rahmenfrist eine massive Minderung des versicherten Verdienstes in Aussicht gestellt wird.
- Im Weiteren soll bei den Beitragsbefreiten (beispielsweise Schul- und StudiumsabgängerInnen, bisher erwerbslose Mütter usw.) der Zugang zur Arbeitslosenversicherung massiv erschwert werden. Also gerade dort, wo es sozial- und wirtschaftspolitisch angezeigt ist, eine rasche Integration zu fördern, werden Beitragsbefreite in die Warteschleife versetzt.
- Ausserdem zeigt sich bei diesen Vorschlägen wieder das alte "Kässelidenken", indem keine Gesamtschau der Kosten im Gesamtsystem der sozialen Sicherung erfolgt, sondern isoliert nur die Kostenersparnis der Arbeitslosenversicherung angeschaut wird. Es ist klar, dass letztlich die Sozialhilfe, und damit die Städte und Gemeinden, subsidiär durch diese Massnahmen einmal mehr stark belastet werden.
- Aus den gleichen Gründen ist ein weiterer massiver Abbau der Bezugsdauer bei 12-monatiger Beitragszeit klar abzulehnen. Auch stehen solche Kostenverschiebungen diametral dem Geist der interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ entgegen.

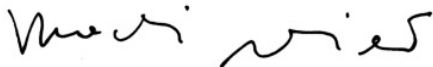
Klar zurückzuweisen ist der Vorschlag, Lohnarbeit in effektive und fiktive Erwerbstätigkeit zu unterscheiden. Damit wird die Unterstützung der sozialen Stabilisierungs- und Integrationsfunktion von arbeitsmarktlichen Massnahmen beeinträchtigt. Art. 18 OR sollte wirklich nur als Notventil für gravierende Täuschungen verwendet werden. Auch scheint die geschätzte Kosteneinsparung von 90 Millionen Franken ausgehend von 3% der Stellensuchenden aufgrund von Beitragszeiten aus "fiktiver Erwerbsarbeit" weit übertrieben.

Es ist wesentlich, dass heute der Fokus vermehrt auf eine effiziente und effektive IIZ-Struktur gelegt wird. Das Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen verhindert sinnlose Drehtüreffekte. Effektive Kostenersparnisse im Gesamtsystem sind eben gerade aus dem Bewusstsein und der Erfahrung des Zusammenwirkens der Institutionen möglich. Dazu braucht es Raum für Flexibilität. Juristische Spitzfindigkeiten, wie dieser Sparvorschlag, sind im Rahmen der IIZ hinderlich und völlig fehl am Platz.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Reduktion der Mittel für arbeitsmarktliche Massnahmen zu sehen. Auf der einen Seite erfolgt eine Einsparung auf Kosten der unteren staatlichen Ebenen (Kantone, Städte und Gemeinden). Auf der andern Seite verstösst sie gegen den Grundsatz der aktiven Integrationsbemühungen, das heisst der Förderung und Forderung der Arbeitslosen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist enttäuscht vom Gesamtergebnis des Expertenberichts – vorab von den Sparvorschlägen - und weist dieses in wesentlichen Bereichen zurück. Nach der letzten Revision der Arbeitslosenversicherung einerseits und der 4. Revision des Invalidengesetzes – die 5. weist in Teilen in die gleiche, problematische Richtung – die beide massive Auswirkungen auf die Sozialhilfe und mithin auf die Städte und Gemeinden hatten, sind die Städte nicht bereit, diese weitere Verlagerungsrunde zu akzeptieren. Die Städte und Gemeinden sind nicht in der Lage und nicht willens, ausgerechnet die schwierigsten Risiken des gesellschaftlichen Wandels zu tragen. Da sind umfassendere Solidaritäten und gesamtheitlichere Sichtweisen gefordert.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ruedi Meier', written in a cursive style.

Ruedi Meier, Präsident
Städteinitiative Sozialpolitik